

Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren,

Der Haushalt 2010 steht, und er ist ausgeglichen. Das ist in schwierigen Zeiten keine Selbstverständlichkeit, und deshalb gilt unser Dank und Respekt den Mitarbeitern der Verwaltung, die ihn erstellt haben!

Einen ausgeglichenen Haushalt halten wir allerdings nicht nur für rechtlich vorgeschrieben, sondern auch für politisch geboten. Allein aus Gründen der kommunalpolitischen Handlungsfähigkeit und der Generationengerechtigkeit muss ein weiteres Anhäufen von Defiziten im Verwaltungshaushalt – wie in den Jahren 2000 bis 2005 geschehen – vermieden werden!

Kommunalpolitische Handlungsfähigkeit bedeutet für uns, dass ein ausgeglichener Haushalt die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten reduziert. Es ist für eine altherwürdige Hansestadt wie Rostock eine Schande, dass wir uns in wesentliche Teile unseres eigenen Verantwortungsbereiches durch Schwerin hineinregieren lassen! In diesem Zusammenhang stelle ich die Frage, ob die dauernde Befassung des Innenministeriums mit unseren strittigen Themen wirklich den Interessen unserer Stadt entspricht. Frau Bachmann, Herr Albrecht, ich fordere Sie auf, die politischen Kontroversen hier in der Bürgerschaft auszutragen, und nicht in Schwerin. Es geht um unsere Stadt, und sonst um nichts!

Generationengerechtigkeit bedeutet für uns, dass wir laufende Verwaltungsausgaben ausdrücklich nicht durch weitere Inanspruchnahme von Kassenkrediten leisten. Wenn wir unser schönes Leben heute auf

Kosten der jüngeren Generationen leben, dann haben wir es nicht verdient, politische Verantwortung wahrnehmen zu dürfen!

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass es dem Oberbürgermeister und der Bürgerschaft in den vergangenen drei Jahren gelungen ist, ausgeglichene Haushalte aufzustellen und sogar leicht überschüssig abzuschließen. Das sind Erfolge, an die wir für 2010 und die Folgejahre zwingend anknüpfen müssen! Und in diesem Zusammenhang möchte ich Sie, meine Damen und Herren Bürgerschaftsmitglieder, eindringlich bitten, den nun vorgelegten ausgeglichenen Haushaltsentwurf gerade nicht durch eine Vielzahl von Änderungen und Ergänzungen im Klein-Klein zu zerkrummeln und kaputt zu reden. Vertrauen wir doch der Verwaltung und dem Oberbürgermeister. Sie haben es in den letzten drei Jahren bewiesen, dass sie es können!

Die Debatte darüber, was alles noch besser geht, werden wir ja schon Ende März in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe aufnehmen. Und wenn in diesem Prozess alle Bürgerschaftsfraktionen auf **ehrlicher** und vor allem **gemeinwohlorientierter** Basis zusammenfinden, dann können wir gemeinsam noch erhebliche Potenziale heben. Dafür will ich 4 Beispiele nennen:

1. Ortsämter

Vor einiger Zeit wurde eine Reduzierung der Ortsämter von 8 auf 5 beschlossen. Die diesbezüglich schwelende Standortdiskussion zeigt, dass der Weisheit letzter Schluss wohl noch nicht erzielt wurde.

Die Fraktion FÜR ROSTOCK erwartet vom zuständigen Senatsbereich für „Finanzen, Verwaltung und Ordnung“ jetzt unverzüglich ein tragfähiges Konzept, mit dem haushaltswirksame Einsparungen erzielt werden können!

Ich wäre zum Beispiel dankbar, wenn uns die Verwaltung einmal über die Arbeitsbeanspruchung der Ortsämter informierte. Wesentliche Aufgabenbereiche sind meines Wissens Meldewesen und die Antragsbearbeitung für Pässe und Ausweise. Die höchsten Arbeitsmengen dürften bei Studenten anfallen, die in der Regel das Ortsamt Stadtmitte aufsuchen. Und aus einer Geltungsdauer von Pässen und Ausweisen von 10 Jahren könnte man möglicherweise auf eine ähnliche Taktfrequenz schließen.

Wenn diese Annahmen zutreffen, stellt sich die Frage, was wohl gegen eine Zentralisierung dieser Aufgaben in Stadtmitte spricht? Wir haben ein gut ausgebautes Bus- und Straßenbahnnetz, und für ältere oder behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger wäre ein mobiler Verwaltungsservice nicht nur angenehmer, sondern für die Stadt auch preiswerter als das Vorhalten von 50 Stellen in der Fläche!

2. Zentralisierung der Immobilien

Die Hansestadt Rostock verfügt seit dem Jahr 2000 über den Eigenbetrieb „Kommunale Objektbewirtschaftung und Objektentwicklung“. Dennoch sind die Zuständigkeiten für die Immobilienbewirtschaftung noch immer auf verschiedene Stellen der Stadtverwaltung verteilt, unter anderem auf drei Ämter sowie verschiedene Kultureinrichtungen. Das ist

unwirtschaftlich, und durch eine Zentralisierung dieser Aufgaben sind deutliche Einspareffekte erzielbar!

3. Sozialleistungen

Die Ausgaben im Einzelplan 4 für die soziale Sicherung sind neben den Personalausgaben ein wesentlicher Faktor im Verwaltungshaushalt.

Wie ich der Einladung zur Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe am 30. März entnehmen konnte, scheinen positive Ergebnisse für den städtischen Haushalt aus den Entgeltverhandlungen mit freien Trägern für die Kindertagesstätten erzielt worden zu sein.

Das ist gut für den städtischen Haushalt, und es ist gut für die Eltern in unserer Stadt!

Die Verwaltung sollte daher weiter bemüht sein, auch in anderen ausgabestarken Bereichen, zum Beispiel bei den Hilfen zur Erziehung und den Kosten der Unterkunft, in Verhandlungen mit freien Trägern und Arbeitsgemeinschaften, diese Kosten einzugrenzen, **ohne die Standards der Aufgabenerledigung zu reduzieren!**

Nach bisherigen Informationen aus den Entgeltverhandlungen im KiTa-Bereich scheint dies eine realistische Erwartung zu sein, weil vergleichbare Leistungen von freien Trägern derzeit anscheinend zu sehr unterschiedlichen Entgelten erbracht werden.

4. Betriebliche Leistungen

In der Stadtverwaltung erbringen verschiedene Bereiche in großem Umfang handwerkliche Leistungen, so zumindest im Werkstättenbereich, in der Grünflächenunterhaltung oder in der Straßenunterhaltung.

Die Verwaltung sollte die Effekte prüfen, die bei einer Zusammenführung solcher Aufgabenbereiche entstehen. Durch Auslastungsverbesserung könnten weitere Ausgabensenkungen erzielt werden, ohne Abstriche an der Qualität der Leistungen machen zu müssen.

In diesem Zusammenhang kann man auch darüber nachdenken, ob in bestimmten Bereichen der Zukauf solcher Leistungen beim örtlichen Handwerk nicht günstiger ist, als diese Leistungen mit eigenem Personal zu erbringen. Entscheidungsreife Vorstellungen, wie in diesen Bereichen Kosten signifikant gesenkt werden können, stehen aus und sollten baldmöglichst der Bürgerschaft vorgestellt werden.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Die Fraktion FÜR ROSTOCK hält den jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf für eine geeignete Beschlussgrundlage.

Gleichwohl muss noch eine Vielzahl von konsolidierungswirksamen Themen angepackt werden. Hier sind der Oberbürgermeister und die zuständigen Senatsbereiche für die nahe Zukunft gefordert!